

6216/AB XX.GP

Die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 6524/J - NR/1999, betreffend Finanzierung der Brennerbahn, die die Abgeordneten Firlinger und Kollegen am 30. Juni 1999 an mich gerichtet haben, beehre ich mich wie folgt zu beantworten:

Zum Motiventeil:

Bereits im Juni 1994 beschlossen die Verkehrsminister der Bundesrepublik Deutschland, der Republik Österreich und der Republik Italien anlässlich ihres Treffens in Montreux, den Ausbau der Achse München - Verona auf Grundlage der in den Studien vorgeschlagenen Linienführung im Rahmen der jeweiligen nationalen Verkehrsplanungen und unter Abstimmung mit den Nachbarstaaten zu realisieren, zur Beseitigung von Kapazitätsengpässen den Ausbau im österreichischen Inntal rasch in Angriff zu nehmen und den weiteren Ausbau der Brennerachse so vorzunehmen, daß rechtzeitig die erforderlichen Kapazitäten bereitgestellt werden können. Zur Umsetzung dieser Beschlüsse wurde auf österreichischer Seite die Brenner Eisenbahn GmbH (BEG) gegründet, deren Aufgabe es ist, den Ausbau der Brennerachse auf österreichischem Gebiet zu planen und zu realisieren. Keinesfalls war bzw. ist beabsichtigt, daß sich weitere Gesellschafter, z.B. Nachbarstaaten, an der BEG beteiligen. Im Hinblick darauf, daß der Brennerbasistunnel selbst jeweils etwa zur Hälfte auf österreichischem und italienischem Staatsgebiet liegt und dennoch als ein zusammenhängendes Bauwerk zu betrachten und zu

behandeln ist, war bzw. ist jedoch sehr wohl vorgesehen, die Planungen und die Realisierung des Brennerbasistunnels im Rahmen einer gemeinsamen österreichisch - italienischen Gesellschaft nach europäischem Recht, einer sogenannten „Europäischen Wirtschaftlichen Interessens - Vereinigung (EWW)“, abzuwickeln, an welcher die BEG und die FS zu jeweils 50 % beteiligt sind.

Mit dem angeführten Schreiben von Kommissionspräsident Santer an den Präsidenten des Rates der EU vom 19. Mai 1999 wurde ein Bericht der Europäischen Kommission an den Europäischen Rat in Köln über die Infrastrukturinvestitionen in der Europäischen Union übermittelt. Dieser Bericht enthält u.a. eine kursorische Aufstellung über den Stand der Arbeiten bei den 14 vorrangigen Vorhaben der transeuropäischen Verkehrsnetze.

Zu Frage 1:

Wie bereits oben ausgeführt, sind die Planung, Realisierung und Finanzierung der Ausbaumaßnahmen im Bereich der Zulaufstrecken zum Brennerbasistunnel Aufgabe der jeweils örtlich betroffenen Staaten. Aufgrund der national unterschiedlichen Regelungen hinsichtlich der Finanzierung der Eisenbahninfrastruktur sind die Abläufe in der Bundesrepublik Deutschland nicht mit österreichischen Verhältnissen vergleichbar und fallen in die Verantwortung des deutschen Bundesverkehrsministers. Detaillierte Informationen wären daher bei den zuständigen Stellen der Bundesrepublik Deutschland einzuholen.

Zu Frage 2:

Analog zum Ausbau des deutschen Streckenabschnittes, der - wie in der Antwort zu Frage 1 ausgeführt - in die Kompetenz der BRD fällt, fällt der Ausbau des österreichischen Streckenabschnittes („Unterrinntal“) im Bereich der nördlichen Zulaufstrecke zum Brennerbasistunnel zur Gänze in die Verantwortung Österreichs. Dies schließt nicht aus, daß für dieses Vorhaben Zuschüsse der EU beansprucht werden, wobei gemäß den derzeit geltenden Bestimmungen die Obergrenze für derartige Zuschüsse bei 10 % der Gesamtkosten liegt. Tatsächlich hat die europäische Kommission bis 1998 Zuschüsse in der Höhe von 32,9 Mio. EURO bewilligt und davon auch bereits rund 50 % ausbezahlt; der Rest der Gesamtkosten für die Planung der Unterrinntalstrecke wird gemäß Schieneninfrastrukturfinanzierungsgesetz, BGBl. I. Nr. 201/1996 i.d.F., über die Schieneninfrastrukturfinanzierung - Gesellschaft mbH finanziert.

Zu Frage 3:

Die angeführte „Einigung über PPP“ bezieht sich auf das seit mehreren Jahren auf politischer Ebene bestehende Einvernehmen, die Finanzierung und die Errichtung des Brennerbasistunnels im Rahmen einer Public- Private - Partnership durchzuführen. Die für die Planung des Brennerbasistunnels zu gründende EWIV hat u.a. die Aufgabe, geeignete PPP - Modelle zu untersuchen und entsprechende Vorschläge auszuarbeiten.